



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



FRAKTION MONSCHAU

St. 2 St.

GRÜNE IM RAT • Laufenstraße 84 • 52156 Monschau

An die
Bürgermeisterin der Stadt Monschau
Frau Dr. Carmen Krämer
o.V.i.A.
Rathaus
52156 Monschau

*1.) Jgm.
2.) m. 2*

FRAKTION IM RAT
DER STADT MONSCHAU
RATHAUS – ZIMMER 301
LAUFENSTRASSE 84
52156 MONSCHAU
FON +49 2472/81384
FON +49 2472 1495

EMAIL FRAKTION@GRUENE-MONSCHAU.DE

Datum: 04. November 2022

Anfrage zur Sitzung des Bildungsausschusses am 29.11.2022.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Krämer,

zum Tagesordnungspunkt „Anfragen der Ausschussmitglieder“ bitten wir um die Beantwortung der nachstehenden Frage:

Bezugnehmend auf die Artikel der Aachener Nachrichten – Titelseite vom 01.11.2022 und dem weiter ausführenden Artikel – Seite 3 vom 01.11.2022 (Siehe Anhang):

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der Monschauer Grundschulen, insbesondere die aktuelle Personalsituation, sowie die kurz- und mittelfristige Personalplanung?
2. Welche Entwicklungen der Schülerzahlen in der Primarstufe erwartet die Verwaltung in den kommenden sechs Einschulungsjahrgängen?

Mit freundlichen Grüßen


Werner Krickel

Fraktionsvorsitzender

Nachts 10°, tagsüber 16°
Im Tagesverlauf
freundlicher **Bunte Seite**

Fußball-Thriller
Birgit Minichmayr ermittelt
in „Das Netz“ **Medien**



Prinz Harry
Memoiren sorgen für
Zoff **Aus aller Welt**

Eifeler Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Dienstag, 1. November 2022 · 78. Jahrgang · Nummer 254

www.aachener-nachrichten.de

Gas-Kommission schlägt weiteren Hilfsfonds vor

BERLIN Die von der Bundesregierung eingesetzte Gaspreis-Expertenkommission hat sich für über die Gaspreisbremse hinausgehende Hilfen für Privathaushalte ausgesprochen. Etwa sollte ein „Soforthilfefonds“ für bedürftige Haushalte „unabhängig von der Art des Energieträgers“ eingerichtet werden, heißt es im Abschlussbericht der Kommission, der am Montag vorgelegt wurde. Außerdem solle Haushalten „mindestens ein halbes Jahr Zeit“ gewährt werden, „um ihre Energieschulden zu begleichen“. Die Mittel sollten ab Januar auf Grundlage des Einkommens und der Höhe der Energiekosten ausbezahlt werden. (afp) **> Wirtschaft**

Galeria will erneut Insolvenz beantragen

ESSEN Deutschlands letzter großer Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof sucht erneut Rettung in einem Schutzschirmverfahren. Das teilte ein Unternehmenssprecher am Montag mit. Auf den Handelsriesen kommen damit weitere Filialschließungen zu. Galeria-Chef Miguel Müllenbach sagte, das Filialnetz müsse im Zuge des Schutzschirmverfahrens „um mindestens ein Drittel reduziert werden“. Betriebsbedingte Kündigungen seien unvermeidbar. Der Konzern betreibt mit 17.000 Mitarbeitern derzeit noch 131 Warenhäuser. (dpa)

Ampelkoalition will mit Union über Bürgergeld reden

BERLIN Die Ampel-Koalition hat im Streit um das geplante Bürgergeld Bereitschaft zum Kompromiss in Detailfragen signalisiert. „Wenn die unionsgeführten Bundesländer Detailfragen klären wollen, sind wir dazu bereit“, sagte SPD-Chefin Saskia Esken. Grünen-Chefin Ricarda Lang zeigte sich ebenfalls offen für Gespräche, deutete aber auch Grenzen der Kompromissbereitschaft an – etwa bei der geplanten Erhöhung des Schonvermögens. Unionspolitiker hatten zuvor mit einer Blockade des Projekts im Bundesrat gedroht. (afp) **> Blickpunkt**



Kontaktbeschränkungen, Weihnachten auf Distanz, keine Silvesterparty? Vor dem dritten Corona-Winter schätzen Experten die tristen Szenarien der Vergangenheit als relativ unwahrscheinlich ein. Wie die Forscher die Ausgangslage bewerten, lesen Sie auf **> AUS ALLER WELT**

Dramatische Lage an Grundschulen

In unserer Region fehlen besonders viele ausgebildete Lehrkräfte, warnt der Verband VBE. In NRW zeigt sich die SPD derweil bereit für eine Verlängerung des auslaufenden Schulfriedens.

AACHEN/DÜSSELDORF In unserer Region ist die Lage an den Grundschulen besonders dramatisch. Nach Auskunft des Verbandes Bildung und Erziehung aus der Städteregion Aachen und den Kreisen Düren und Heinsberg können kaum noch Stellen mit ausgebildeten Grundschullehrkräften besetzt werden – mitunter sogar keine. Stattdessen stehen Vertretungslehrkräfte vor den Grundschülern, die nicht pädagogisch fortgebildet werden und nicht einmal studiert haben müssen. „Auch ein Landschaftsgärtner oder eine Bäckerverkäuferin kann bei Bedarf eingestellt werden“, sagt Matthias Kürten, VBE-Vorsitz im Raum Aachen.

NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) hatte die Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte als Daueraufgabe für die nächsten fünf Jahre bezeichnet, mit der man aber sofort anfangen. Um den Lehrerberuf attraktiver zu machen, hat die Regierung beispielsweise die schrittweise Anpassung der Gehälter der Grund-

schullehrer und der Sekundarstufe I-Lehrer an das Niveau der Kollegen, die in der Oberstufe unterrichten, auf den Weg gebracht.

Entspannungssignale und Kritik

Der im Juli 2011 von der rot-grünen Landesregierung mit der CDU vereinbarte sogenannte Schulfrieden könnte derweil vor einer Verlängerung stehen. Der „Nichtangriffspakt“ für das ansonsten ideologisch höchst aufgeladene Terrain läuft im kommenden Jahr aus. Und dass sich die demokratischen Parteien im Düsseldorfer Landtag noch einmal auf eine solche Absprache einigen würden, war bislang alles andere als ausgemacht. Der Schulfrieden sei – anders als von Schwarz-Grün suggeriert – mit dem Koalitionsvertrag

mitnichten gesichert, sagte noch im Juni Oppositionsführer Thomas Kutschaty (SPD).

Vier Monate später senden die Sozialdemokraten jetzt aber Zeichen der Entspannung an die neue schwarz-grüne Landesregierung, wenn auch verpackt mit beißender Kritik und garniert mit einer Forderung. Der Landtag solle die Landesregierung auffordern, so schnell wie möglich eine Bildungskonferenz einzuberufen, bei der unter anderem das Parlament, die Landesschülervertretung, die Elternvertretungen, die Lehrerverbände, die kommunalen Spitzenverbände und Experten aus der Wissenschaft eingeladen werden, heißt es in einem entsprechenden Antrag fürs Plenum. Das Ganze solle ein langfristig angelegter Prozess sein und am Ende ein gemeinsames Konzept hervorbringen.

Die schulpolitische Sprecherin der SPD, Dilek Engin, bilanzierte, NRW befinde sich inmitten einer Bildungskatastrophe – sie betreffe das

ganze System und nicht nur ein Segment. Das habe die jüngste Bildungsstudie des IQB gezeigt, wozu eine erschreckend hohe Zahl von Grundschülern in NRW nicht die Mindestanforderungen erfüllten. Engin nannte den eklatanten Lehrermangel bei den steigenden Schülerzahlen als ein zentrales Problem. Der Ganztagsanspruch drohe ebenfalls am Personalmangel, aber auch an fehlenden Raumkapazitäten zu scheitern.

Grundsätzlich sei die Schulfinanzierung ein Problem. „Die Kommunen werden im Stich gelassen“, sagte Engin. Hinzu kämen die Probleme im Zuge des Ukraine-Krieges. 2000 ukrainische Kinder hätten keinen Schulplatz bekommen. „Unser Bildungssystem muss komplett auf den Prüfstand gestellt werden“, sagte sie.

SPD-Fraktionsvize Jochen Ott sagte zum Sinn der vorgeschlagenen Bildungskonferenz: „Vorschläge dürfen nicht im parteipolitischen Klein-Klein zerredet werden.“ Spätestens bis zu den Sommerferien müsse ein Konzept vorliegen. „Unsere Hand ist ausgestreckt.“ (maxi/mgu) **> Blickpunkt/Die Seite Drei**



Will mehr Lehrkräfte gewinnen: Dorothee Feller (CDU), Bildungsministerin von NRW. FOTO: BIRAGO

Einer der wärmsten Oktober

Im Schnitt mindestens die zweithöchste Temperatur. „Indiz für den Klimawandel.“

OFFENBACH Der Oktober 2022 ist von 12,5 Grad liegt der diesjährige der höchste Oktoberwert seit Auf-

Anzeige

Absolut

Was läuft schief an den Grundschulen?

Im Raum Aachen, Düren und Heinsberg können kaum noch Stellen besetzt werden. Zum Lehrermangel kommen

VON MADELEINE GULLERT

AACHEN/DÜREN/HEINSBERG Grundschullehrerin ist der schönste Beruf, den sich Anna Zimmermann vorstellen kann. Und könnte sie die Zeit zurückdrehen, würde sie auf Lehramt studieren. Das hat Zimmermann aber nach dem Abitur nicht getan. Ihr Magister-Studium unter anderem der Musikwissenschaften hat sie nicht beendet, weil zum Zeitpunkt der Abschlussprüfungen das erste von drei Kindern kam. Ohne Lehramtsstudium und überhaupt ohne abgeschlossenes Hochschul-Studium unterrichtet Zimmermann, die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, aber seit sechs Jahren an einer Grundschule in der Städteregion Aachen.

Menschen wie Zimmermann unterrichten Kinder, weil Grundschullehrerinnen und -Lehrer Mangelware sind. In diesem Jahr waren in NRW rund zehn Prozent der Stellen an Grundschulen nicht besetzt. Offene Lehrerstellen an Grundschulen können in den Fächern Kunst, Musik, Sport und Englisch für den Seiteneinstieg geöffnet werden. Seit 2017 konnten in diesen Fächern insgesamt 1086 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger gewonnen werden, wie das NRW-Schulministerium auf Anfrage mitteilt. Diese „richtigen“ Seiteneinsteiger erhalten eine pädagogische Schulung.

Fach- und gezieltes Förderwissen

Die Fächer Deutsch und Mathematik sind laut Ministerium die zentralen Fächer der Grundschule. Neben dem Fachwissen ist dort auch entwicklungspsychologisches, diagnostisches und gezieltes Förderwissen erforderlich. Eigentlich dürfen hierfür nur ausgebildete Grundschullehrkräfte eingesetzt werden.

Doch das klappt angesichts des Lehrermangels längst nicht immer. kritisiert Matthias Kürten, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung in der Region Aachen. Bereits im Schuljahr 2019/2020 konnten von 65 ausgeschriebenen Stellen im Grundschulbereich in der Städteregion Aachen nur noch vier mit ausgebildeten Grundschullehrkräften besetzt werden.

Im Kreis Düren ist es ähnlich. Bei der letzten Bewerbungsrunde habe keine offene Stelle mit einer Grundschullehrkraft besetzt werden können, sagt Tanja Küsgens, Vorsitzende des VBE Düren. Auch im Kreis Heinsberg ist die Situation nicht besser. „Wir besetzen fast keine ausgeschriebene Stelle an Grundschulen“, sagt Andreas Stommel, vom Vorstand des VBE im Kreis Heinsberg. „Die richtigen Seiteneinsteiger sind auch schon weitgehend abgegrast“, sagt Stommel. Also jene Menschen, die ein Fach studiert haben, aber eben nicht für das Grundschullehramt. Den Rest der offenen Stellen fülle man dann mit Menschen aus, die Vertretungsstellen bekommen und bestenfalls das Abitur oder eine Berufsausbildung vorweisen können.



Mit 30 anderen Kindern lernt es sich nicht so gut wie in kleinen Klassen.

Das NRW-Schulministerium erklärte auf Anfrage unserer Zeitung, dass die Entscheidung über die Auswahl und Einstellung einer Vertretungslehrkraft grundsätzlich die eigenverantwortliche Schule treffe, gegebenenfalls in Abstimmung mit der Bezirksregierung. „Die Schulleitung beurteilt, ob die Vertretungslehrkraft für die Übernahme einer Aufgabe im Schuldienst geeignet ist.“

„Auch ein Landschaftsgärtner oder eine Bäckereiverkäuferin kann bei Bedarf eingestellt werden“, sagt VBE-Mann Kürten. „Gestern an der Kasse heute vor der Klasse!“ – das sei so ein Spruch von einem Verwaltungsmitarbeiter in Aachen. Obwohl diese Vertretungslehrer nur

„Auch ein Landschaftsgärtner oder eine Bäckereiverkäuferin kann bei Bedarf eingestellt werden.“

Matthias Kürten, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung in der Region Aachen

in den Nebenfächern unterrichten sollen, werden sie mitunter auch als Klassenleitungen und in Deutsch und Mathe eingesetzt, wissen Kürten und Stommel zu berichten. „Wenn niemand anderes da ist, geht es eben nicht anders“, sagt Stommel, der den Vertretungslehrkräften gar keinen Vorwurf machen möchte. Sie könnten nichts für die Situation, sondern würden vielfach engagiert vor den Klassen stehen. Das ändere aber nichts daran, dass ihnen die pädagogische Ausbildung fehlt.

flapsig und will diesen Satz direkt geraderücken, weil sie ihr Fach so sehr liebt.

Als Leiterin von Kinderchören wusste Zimmermann schon, wie sie Kinder motivieren und anleiten kann, sagt sie. Sie würde sich dennoch gerne fortbilden, darf dies aber nicht, weil sie keine unbefristete Stelle hat. Das ärgert Zimmermann maßlos. „Ich würde gern noch besser werden in dem was ich tue und auch beispielsweise die Fortbildung für den Sachkundeunterricht machen.“ Trotz aller Anstrengung sei es aber „der schönste Beruf der Welt“.

In unserer Region stehen immer mehr Nicht-Pädagogen vor Grundschulern. Kürten zieht einen drastischen Vergleich:

„Niemand würde sich vermutlich von einem Chemiestudenten den Blinddarm herausoperieren lassen oder käme auf die Idee, Jurastudenten als Richter einzusetzen.“

Aber genau das passiert gerade im Bereich der Pädagogik an den Schulen unserer Kinder und zwar nicht in Einzelfällen. „Man beschäftigt Menschen, Noten gebend, Zeugnisse schreibend, bis zu 30 Kinder gleichzeitig unterrichtend, die über keinerlei pädagogische und fachdidaktische Vorerfahrung

markt bedeutet?“ Die Generation seiner Eltern habe lediglich acht Jahre die Volksschule besucht und habe in der Regel Lesen, Schreiben und Rechnen gekonnt. „Es ist bitter, dass wir diesen Standard heutzutage nicht mehr erreichen“, sagt Olt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD und Schulperte.

Seine Fraktion fordert deshalb die Einberufung einer Bildungskonferenz. Schüler-, Lehrer- und Elternverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände und Wissenschaftler sollten „in einem langfristig angelegten Prozess und im gemeinsamen Dialog ein gemeinsames Konzept zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungswesens“ erarbeiten, heißt es. Ihm sei wichtig, dass hier keine Parteipolitik gemacht werde und alle Parteien gemeinsam eine Idee für die Schule der Zukunft entwickeln.

Fatale Folgen werden sichtbar

Das ist wohl höchste Zeit. Stommel konstatiert eine jahrzehntelange Schlafmützigkeit der Politik, deren fatale Folgen nun immer sichtbarer werden. Das Problem sei ja nicht nur der Lehrermangel, erklärt er. Vielmehr würden die Klassen immer voller und die Lerngruppen immer heterogener. Die Grundschule ist eine Schule für alle: Hier findet Inklusion statt und die Integration der vielen Flüchtlingskinder,

bei der 90 bis 100 Prozent der Schülerinnen und Schüler nach Auskunft der Landesregierung eine Zuwanderungsgeschichte haben. „Es ist für diese Grundschulen nicht zu schaffen, diesen Kindern allen in den vier Jahren das zu vermitteln, was im Lehrplan Deutsch verlangt wird“, sagte Krickel. Die Herausforderungen und die Arbeitsbelastung seien enorm. An den Grundschulen arbeite zudem fast die Hälfte der Lehrkräfte in Teilzeit. Das ist so viel wie an keiner anderen Schulform. Das mag einerseits an der hohen Frauenquote und an Müttern in Teilzeit liegen, andererseits aber auch an der Arbeitsbelastung.

„Die Grundschullehrkräfte agieren inzwischen wie Sonderpädagogen, weil sich die Aufgaben der Grundschulen sehr geändert haben“, sagt Krickel, die stundenweise an einer Grundschule arbeitet. Die Inklusion von Kindern mit Einschränkungen gehört neben der Inklusion von Kindern, die Deutsch als Zweitsprache lernen, ebenfalls dazu. Krickel ist es noch wichtig zu sagen, dass sie die Realität annimmt, wie sie ist. Die 62-Jährige will nicht nur meckern. Das Schulsystem müsse sich eben

„Die Grundkräfte: inzwischen pädagogei die Aufg Grundsch geänder

Renate
ehemalige Leiterin
Hermannstra